

Diemelsee rutscht ins Defizit

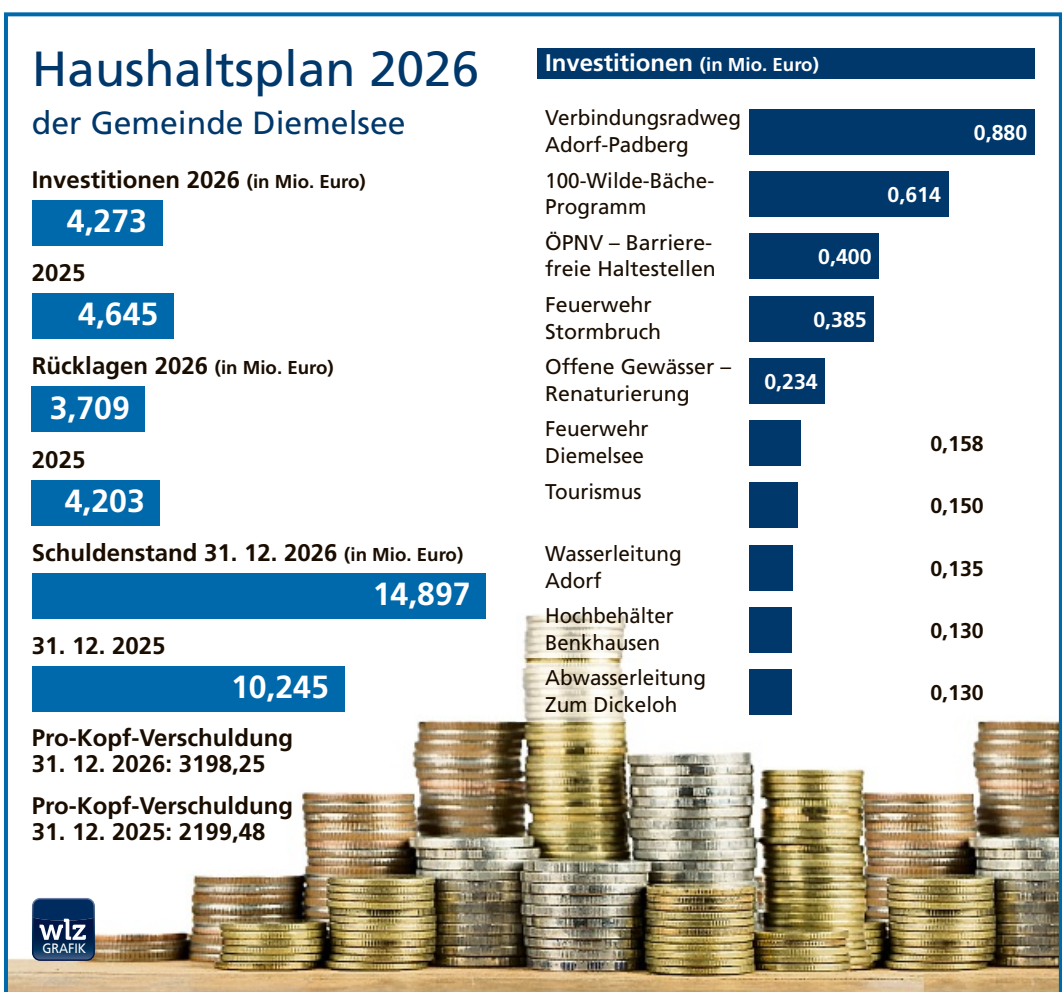
SPD stimmt gegen Haushalt: Streitpunkt Kindergartenbeförderung

Diemelsee – Die Gemeindevertretung Diemelsee hat den Haushalt 2026 mehrheitlich verabschiedet. Bei Erträgen von rund 15,58 Millionen Euro und Aufwendungen in Höhe von 16,23 Millionen Euro weist der Etat erstmals seit Jahren wieder ein strukturelles Defizit von knapp 651.000 Euro aus. Die SPD-Fraktion stimmte geschlossen gegen den Haushalt: Zuvor hatte die Gemeindevertretung einen Änderungsantrag zur Streichung der Kindergartenbeförderung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen (wir berichteten).

Die Ruhe vor dem Sturm? Trotz des Defizits kommt der Haushalt 2026 ohne Steigerung von Grundsteuer, Gebühren und Beiträgen aus – abgesehen von der Wassergebühr. Für 2027 hatte Bürgermeister Volker Becker bereits bei der Einbringung des Haushalts angekündigt, über eine deutliche Erhöhung der Grundsteuer B sprechen zu müssen, um handlungsfähig zu bleiben.

Als Hauptursachen für die angespannte Finanzlage nannte Severin Keßler (Freie Wähler) den Einbruch der Gewerbesteuer um etwa 250.000 Euro sowie stark gestiegene Ausgaben im Bereich der Kindertagesstätten. Dort habe sich der Fehlbetrag in den vergangenen zehn Jahren auf rund 1,8 Millionen Euro nahezu verdreifacht. Hinzu kämen höhere Kreis- und Schulumlagen sowie Tarif- und Preissteigerungen. Keßler verwies auf millionenschwere Investitionen in Wasserleitungen, Hochbehälter, Abwasser und Straßennetz. Trotz aller Herausforderungen zeigte er sich optimistisch: Erneuerbare Energien, qualitätsorientierter Tourismus, stabile Handwerksbetriebe und die „robuste Tatkraft“ der Bevölkerung stimmten zuversichtlich.

„Das Defizit ist ernst – weil es strukturell ist. Es ist kein Betriebsunfall, es ist das Ergebnis einer strukturellen Schiefelage“, stellte SPD-Fraktionsvorsitzender Karl-Heinz Kahlhöfer-Köchling fest. Und: „Dieses Defizit ist nicht hausgemacht.“ Der Haushalt sei zwar „kein guter, aber ehrlicher Haushalt“, der die reale Finanzlage abbilde. Diemelsee stehe jedoch nicht vor der Handlungsunfähigkeit: Die Gemeinde habe keine Liquiditätskredite, erfülle ihre Tilgungen und verfüge über eine po-



Jörg Weidemann
CDU-Fraktionschef

Christian Pohlmann
FDP-Fraktionsvorsitzender

Severin Keßler
Freie Wähler

Karl-Heinz Kahlhöfer-Köchling
SPD-Fraktionsvorsitzender

kennbaren Mehrwert für Diemelsee bringen, sollten durchgeführt werden.“ Pohlmann rief auf: „In Zeiten knapper Mittel braucht es Zusammenhalt statt Parteipolitik und Ehrlichkeit statt Illusionen.“

„Pflichtaufgaben sichern, finanzielle Stabilität bewahren und Belastungen für alle Bürger so gering wie möglich halten“, gab CDU-Fraktionsvorsitzender Jörg Weidemann als Prioritäten aus. Der Haushalt verlange den Gemeindevertretern Mut zur Wahrheit ab: „Wir treffen Entscheidungen nicht für Applaus, sondern für die Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinde. Solide Finanzen schützen am Ende alle – heute und in Zukunft.“

Zum Konfliktpunkt wurde die seit Jahren bestehende freiwillige Beförderung von Kindergartenkindern. Der Antrag auf Sperrung der Mittel war mehrheitlich angenommen worden. Für die SPD war dies Grund, den Gesamthaushalt abzulehnen. Pauschales Sparen führe zu Investitionsstaus, maroder Infrastruktur und sozialen Verwerfungen, warnte Kahlhöfer-Köchling. Die SPD setze auf maßvolle Konsolidierung, ohne den sozialen Zusammenhalt zu gefährden.

Fotos: pr
LUTZ BENSELER

sitive laufende Finanzrechnung. „Das ist Ausdruck solider Haushaltsführung.“ Kahlhöfer-Köchling machte deutlich, dass ohne strukturelle Reformen eine faire Finanzierung nicht möglich sei.

Auch die übrigen Fraktionen forderten eine faire Finanzierung kommunaler Aufgaben. Es könne nicht sein, dass immer mehr Pflichtaufgaben von Bund und Land auf die Kommunen abgewälzt würden, ohne für entsprechende Finanzierung zu sorgen, betonte Keßler. FDP-Fraktions-

vorsitzender Christian Pohlmann kritisierte das grundsätzliche Missverhältnis zwischen kommunalen Aufgaben und Einnahmen: Die Gemeinde erledige ein Viertel der staatlichen Aufgaben, erhalte dafür aber nur ein Siebtel der Steuereinnahmen. Sollte sich die wirtschaftliche Lage nicht bessern, müsse ein künftiges Parlament die Grundsteuer um das 1,5-Fache erhöhen. Die Forderung der FDP: „Strikte Ausgabenkontrolle und Priorisierung. Nur Projekte, die einen er-